

19.10.2022

Kleine Anfrage 652

der Abgeordneten Justus Moor und Lena Teschlade SPD

Kommunen sind für die Landesregierung beim Strukturwandel wieder außen vor?

Das vorgezogene Ende der Braunkohleverstromung im Rheinischen Revier mit dem klaren Datum 2030 kam sicherlich im Ergebnis nicht überraschend. Überraschend war aber wohl der Zeitpunkt und die Aussagelosigkeit der Landesregierung zu Beschleunigungen des Strukturwandelprozesses in den betroffenen Kommunen des Kernreviers vor Ort.

Strukturwandel wird nicht in Düsseldorf oder Berlin umgesetzt, sondern in den Kommunen unserer Region. Insbesondere die Anrainerkommunen der Tagebaue und Kraftwerksstandorte im Kernrevier beklagten in der Vergangenheit immer wieder, zu wenig eingebunden zu sein. Nach den jetzt verkündeten Nachrichten zum vorgezogenen Braunkohleausstieg meldeten sich erneut Anrainerkommunen zu Wort und kritisierten, vom Land ignoriert zu werden.¹

Die grundsätzliche Überlegung schon 2030 aus der Braunkohleverstromung auszusteigen, sei zwar wenig überraschend gekommen, doch seien insbesondere die Anrainerkommunen sehr wohl überrascht darüber, dass von der aus ihrer Sicht dringend notwendigen Beschleunigung und Verbesserung der Strukturstärkung in den Ausführungen keine Rede ist. Zumal die Anrainerkommunen gemeinsam mit Kreisen, Kammern und Gewerkschaften schon Ende 2021 mit Blick auf einen erwarteten früheren Braunkohleausstieg konkrete Vorschläge unterbreitet haben.

Die Beschleunigung der bisher schleppenden und komplizierten Fördermittelverfahren, die Etablierung einer eigenen Strukturwandelrichtlinie auf Bundesebene, die Sicherstellung der Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen, eine Perspektive für energieintensive Unternehmen, eine deutliche Planungsbeschleunigung in einer Sonderplanungszone, eine räumlich und zeitlich begrenzte Sonderwirtschaftszone oder die Sicherung eines Revier-Wassersystems – all das sind nur einige der aus den Anrainerkommunen heraus kommunizierten Forderungen.² In all den genannten Bereichen ist eine Beschleunigung bisher nicht in Sicht, obgleich der Ausstieg und damit der Wandel nun acht Jahre früher erfolgen muss, ohne Strukturbrüche zu erzeugen. Nur so kann ein Strukturwandel auch zu einem Exportschlager und Erfolgsmodell für weitere Teile der Welt werden.

¹ https://www.aachener-zeitung.de/nrw-region/braunkohle/tagebau-anrainer-fuehlen-sich-allein-gelassen_aid-77863635 (aufgerufen am 07.10.2022 um 10:15 Uhr)

² Ebenda.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Forderungen aus den Anrainerkommunen der Tagebaue und Kraftwerksstandorte sind der Landesregierung mit Blick auf den Strukturwandel konkret bekannt?
2. Warum hat die Landesregierung die Anrainerkommunen der Tagebaue und Kraftwerksstandorte bisher nicht intensiv eingebunden?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Vorschläge der Anrainerkommunen aus dem Dezember 2021 ganz konkret?
4. Wie wird die Landesregierung die Anrainerkommunen zukünftig am Strukturwandelprozess beteiligen?
5. Neben der Ansiedlung neuer, gut bezahlter und mitbestimmter Arbeitsplätze ist für einen gelingenden Strukturwandel auch ein Kraftakt der öffentlichen Hand notwendig. Infrastrukturmaßnahmen, Genehmigungsverfahren, Flächennutzungsplan- und Bebauungsplanverfahren, auch weiche Standortfaktoren und vieles mehr spielen ebenso eine entscheidende Rolle. Wie wird die Landesregierung nun auch ganz konkret die Kommunen des Kernreviers bei den nun noch schneller zu erfolgenden Herausforderungen unterstützen, sodass es nicht zu Strukturbrüchen kommt?

Justus Moor
Lena Teschlade